

Presseschau mit Schwerpunkt „Hessische, europäische und internationale Bildungspolitik“

Stand: 02.09.2016

## Inhalt

Arbeitsminister Stefan Grüttner eröffnet Kongress zur beruflichen Sprachförderung 1	
Besuch der Einschulungsfeiern .....	2
Elterntelefon zum Schuljahresbeginn 2016/2017 .....	4
Lehrerstellenversorgung in Hessen auf Allzeithoch .....	4
Bildungsmonitor: Kultusminister Lorz sieht eine Bestätigung der Schwerpunktsetzung in den Bereichen Ganztagsausbau und Bildungsintegration .....	8
Ferienbetreuung beim Pakt für den Nachmittag bereichert Ganztagsangebote ..	9
Lern- und Lesecke in Flüchtlingsunterkunft Bad Homburg .....	11
Arbeitsminister Grüttner: „Hessen handelt - Gut aufgestellt gemeinsam die Zukunft gestalten“ .....	12
Notendurchschnitt beim Landesabitur 2016 leicht verbessert .....	13
Mehr BAföG: "Studierende und Schüler werden die Verbesserungen deutlich spüren können" .....	13
Juli 2016 - Arbeitslosenquote im Euroraum bei 10,1% - In der EU28 bei 8,6% .....	14
Bessere Sozialstatistiken für ein soziales Europa .....	15
Bildung, Beschäftigung, beide oder keine der beiden Optionen? Was machen junge Menschen in der EU? .....	17
Föderalismusreform in der Bildung "Ein falscher Schritt" .....	18
Wanka lehnt Investitionen des Bundes in Schulen ab .....	21
Bildung: Mehr Schüler und mehr Lehrer im neuen Schuljahr .....	21
Bildungsmonitor – Bessere Bildung für Flüchtlinge zahlt sich aus .....	21

## Pressemitteilungen der Hessischen Ministerien

**31.08.2016 Pressestelle: Hessisches Ministerium für Soziales und Integration**  
**Arbeitsminister Stefan Grüttner eröffnet Kongress zur beruflichen Sprachförderung in Frankfurt**



© Halfpoint - Fotolia.com

Der Hessische Arbeitsminister Stefan Grüttner hat beim heutigen Kongress ‚Neue Wege in der beruflichen Sprachförderung – Perspektiven für Unternehmen und Zugewanderte‘ in Frankfurt betont, dass berufliche Sprachförderung nur dann erfolgreich sein kann, wenn Bildungsträger und Arbeitgeber eng zusammenwirken: „Mit der beruflichen Sprachförderung haben die Veranstalter GFFB und die IHK Frankfurt ein wichtiges und hoch aktuelles Thema auf die Agenda gesetzt.“ Der Kongress thematisiert aktuelle Anforderungen an den Erwerb einer Fachsprache, die eine spezifische Form des Spracherwerbs und eine zentrale Kompetenz für die erfolgreiche berufliche Integration ist.

### **Sprachliche Kompetenz und Chancen am Arbeitsmarkt verbessern**

Arbeitsminister Stefan Grüttner lobte den Ansatz der berufsbezogenen Sprachförderung: „Flüchtlinge sind bei weitem nicht die einzige Zielgruppe, die von diesem Ansatz profitieren kann. Viele Menschen mit Migrationshintergrund, auch wenn sie schon lange in Deutschland leben, könnten so ihre sprachliche Kompetenz und ihre Chancen am Arbeitsmarkt verbessern.“ Zudem gebe es, gerade unter den Langzeitarbeitslosen, zahlreiche Personen, die, obwohl in Deutschland aufgewachsen, doch beträchtliche Schwierigkeiten im Bereich der Fachsprache hätten.

„Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass die Bedeutung guter Sprachkenntnisse

heute in allen Berufen zunimmt. Globalisierung, Digitalisierung sowie der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft machen die Fähigkeit zur Kommunikation mehr und mehr zur Kernkompetenz für den beruflichen Erfolg“, ergänzte der Arbeitsminister.

### **Erfolge der berufsbezogenen Sprachförderung**

Grüttner verwies auf die Erfolge der berufsbezogenen Sprachförderung bei den Flüchtlingen in dem Projekt „Flüchtlinge und Asylbewerber ins Bauhandwerk“. Das Projekt wird von der Kreishandwerkerschaft Waldeck-Frankenberg durchgeführt und vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration (HMSI) aus dem Programm „Impulse der Arbeitsmarktpolitik“ (IdeA) gefördert und bietet Berufsvorbereitung im Bauhandwerk für Geflüchtete. Bereits im Haushaltsjahr 2016 hatte das HMSI im Rahmen des „Ausbildungs- und Qualifizierungsbudgets“ 3,5 Millionen Euro zusätzlich für die berufsbezogene Sprachförderung von Flüchtlingen mit guter Bleibeperspektive zur Verfügung gestellt. „Allerdings sind Flüchtlinge bei weitem nicht die einzige Zielgruppe. Von Sprachförderung können viele Menschen mit Migrationshintergrund profitieren, um auf diesem Weg ihre sprachliche Kompetenz und damit letztlich auch ihre Chancen am Arbeitsmarkt verbessern“, erklärte der Minister.

### **30.08.2016 Pressestelle: Hessisches Kultusministerium**

#### **Besuch der Einschulungsfeiern in Bad Vilbel und Haiger**



© HKM

Hessens Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz und Kultusstaatssekretär Dr. Manuel Lösel haben heute zu Beginn des neuen

Schuljahres an den Einschulungsfeiern von zwei hessischen Schulen teilgenommen. Während Lorz den ersten Schultag gemeinsam mit den Fünftklässlern des Georg-Büchner-Gymnasiums in Bad Vilbel verbrachte, besuchte Staatssekretär Lösel die Feierlichkeiten der „ABC-Schützen“ der Mittelpunktgrundschule in Haiger.

### **Schülerinnen und Schüler an ihrem ersten Schultag begrüßen**

„Als Kultusminister fiebere ich zusammen mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dem Schulstart nach den langen Sommerferien immer sehr entgegen. Daher freue ich mich auch, in jedem Jahr an Einschulungsfeiern teilnehmen und so viele Schülerinnen und Schüler an ihrem ersten Schultag an einer neuen Schule begrüßen zu dürfen“, so der Kultusminister. Insbesondere an die Eltern gerichtet sagte Lorz: „Unterstützen Sie Ihr Kind so gut wie möglich, geben Sie ihm aber auch die notwendigen Freiräume. Und wenn die Noten mal nicht so gut sind, geht die Welt auch nicht gleich unter.“

Lorz betonte auch, dass jedes Kind für sich selbst entdecken müsse, wo seine Stärken aber auch seine Schwächen liegen: „Ob beim Lesen und Schreiben, beim Rechnen, im Sachunterricht oder auch auf dem Sportplatz. Probiert Euch an den Herausforderungen der Schulzeit aus!“ Den Eltern sowie den Lehrerinnen und Lehrern dankte Lorz für den großen persönlichen Einsatz, mit dem sie sich um das Wohl der Kinder kümmerten, forderte sie aber auch aktiv zur Mitarbeit auf: „Ich bin davon überzeugt, dass vor allem eine erfolgreiche Bildung der Grundstein zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft ist. Bildung gelingt immer dann am besten, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen! Lassen Sie uns damit heute an diesem besonderen Tag für Schüler, Eltern und Lehrer beginnen.“

**„Sie alle leisten großartige Arbeit, die wir heute auch öffentlich würdigen möchten.“**

Minister und Staatssekretär bedankten sich zudem bei den Mitgliedern der Schulgemeinden sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Bildungsverwaltung sehr herzlich für die hervorragende Vorbereitung für den erfolgreichen Start. „Sie alle leisten großartige Arbeit, die wir heute auch öffentlich würdigen möchten“, so Lorz und

Lösel im Rahmen ihrer Besuche in Bad Vilbel und Haiger.

Auch im neuen Schuljahr 2016/2017 investiert die Hessische Landesregierung wieder gezielt in Schwerpunkte ihrer Schulpolitik: „Im zurückliegenden Schuljahr standen wir vor der gewaltigen Aufgabe, mehr als 25.000 junge schulpflichtige Flüchtlinge und Zuwanderer in unseren Schulen so in der deutschen Sprache zu fördern, dass sie schon bald am normalen Unterricht teilnehmen können. Ich bin der festen Überzeugung, dass uns dies nach einer so kurzen Zeit bereits sehr gut gelungen ist. Eine tolle Leistung der Schulen, für die ich mich ausdrücklich bedanken möchte! Trotzdem gilt es, die Kinder und Jugendlichen auch in Zukunft so auf Schulen und Klassen zu verteilen, dass diese nicht überfordert werden. Das ist sowohl im Sinne der einheimischen Schülerinnen und Schüler als auch derjenigen, die bei uns eine neue Heimat finden werden. Auch der Ausbau der Ganztagsangebote schreitet weiter voran, der ‚Pakt für den Nachmittag‘ für den Ausbau an den Grundschulen entwickelt sich überaus erfolgreich. Bereits im zweiten Jahr der Etablierung beteiligen sich mehr als die Hälfte aller Schulträger in Hessen und bieten damit für viele Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie eine bessere individuelle Förderung für die einzelnen Schüler. Und nicht zuletzt möchten wir mit den neuen inklusiven Schulbündnissen einen weiteren Impuls setzen, verlässliche Strukturen in der schulischen Inklusion für Eltern, Schüler und Lehrkräfte zu schaffen und die inklusive Beschulung noch stärker voranzubringen.“

**Zum Hintergrund**

Bereits seit 1999 ist es gute Tradition, dass Kabinettsmitglieder der Hessischen Landesregierung zu Beginn eines neuen Schuljahres Einschulungsfeiern in ganz Hessen besuchen. Dabei bringen die prominenten Gäste „Schulstarter-“ bzw. „Durchstarter“-Taschen mit, die neben Schulheften, einem Stundenplan, einer Brotdose und anderen kleinen Überraschungen auch einen Turnbeutel oder ein Jojo enthalten.

In diesem Jahr besuchten auch folgende Kabinettsmitglieder Hessische Schulen zur Einschulung:

Europastaatssekretär Mark Weinmeister: Friedrich-Wöhler-Schule in Kassel

Staatsminister Wintermeyer: Lichtenbergschule Darmstadt

Europaministerin Puttrich: Heinrich-Böll-Schule Bruchköbel

Staatssekretär (Innen und Sport) Werner Koch: Alexander-von-Humboldt-Gesamtschule in Rüsselsheim

Umweltministerin Priska Hinz: Gymnasium Philippinum in Marburg

Innenminister Peter Beuth: Albert-Schweitzer-Gymnasium in Offenbach

Finanzsstaatssekretärin Bernadette Weyland: Erich-Kästner-Grundschule in Lich

Staatssekretärin (Umwelt, Klimaschutz) Beatrix Tappeser: Erlenbachschule in Elz

Justizstaatssekretär Thomas Metz: Astrid-Lindgren-Schule in Erbach

Staatssekretär (Soziales und Integration) Jo Dreiseitel: Nibelungenschule in Heppenheim

Staatssekretär (Soziales und Integration) Wolfgang Dippel: Grundschule Hohe Rhön in Hilders

Justizministerin Eva Kühne Hörmann: Friedrich-Wilhelm-Schule in Eschwege

Wissenschafts- und Kunstminister Boris Rhein: Solgrabenschule in Bad Nauheim

Finanzminister Thomas Schäfer: Kooperative Gesamtschule in Battenberg

Staatssekretär (Wissenschaft und Kunst) Ingmar Jung: Gesamtschule am Rosberg in Hofheim

Sozialminister Stefan Grüttner: Hohe Landesschule in Hanau

Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir: Leibnizschule in Wiesbaden

**26.08.2016 Pressestelle: Hessisches Kultusministerium**  
**Elterntelefon zum Schuljahresbeginn 2016/2017**



© Saenprior - Chipdealer.de

Wie bereits in den Vorjahren bietet das Hessische Kultusministerium auch 2016 zum Start des neuen Schuljahres wieder ein ‚Elterntelefon‘ an. „In den ersten beiden Schulwochen haben Eltern oft viele Fragen rund um das Thema Schule. Dies haben unsere Erfahrungen der vergangenen Jahren deutlich gezeigt“, erläuterte Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz. „In guter Tradition wollen wir mit der Telefon-Aktion des Ministeriums und der Staatlichen Schulämter den Eltern informativ unter die Arme greifen und zu einem gelungenen Start ins neue Schuljahr beitragen.“

Schulische Angelegenheiten sollten grundsätzlich zunächst vor Ort mit den dafür verantwortlichen Personen an den Schulen besprochen und geklärt werden. Dennoch sollen Eltern zum Schuljahresbeginn die zusätzliche Möglichkeit haben, sich auch direkt an Ansprechpartner in den Staatlichen Schulämtern als direkte Schulaufsicht bzw. an das Kultusministerium zu wenden.

**Ansprechpartner bei den Schulämtern zum Schuljahresbeginn**

In den ersten beiden Schulwochen, vom 29. August bis 9. September 2016, stehen montags bis freitags in der Zeit von 9 bis 16 Uhr sowohl Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums als auch Ansprechpartner der Staatlichen Schulämter bei allen Fragen rund um das Thema Schule zur Verfügung.

Die zentrale Rufnummer des Elterntelefons:  
0611 / 368-6000

**25.08.2016 Pressestelle: Hessisches Kultusministerium**  
**Lehrerstellenversorgung in Hessen auf Allzeithoch**



© WavebreakMediaMicro - Fotolia.com

„Im kommenden Schuljahr werden in Hessen so viele Lehrerstellen zur Verfügung stehen wie noch nie zuvor“, erklärte Hessens Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz heute in der traditionellen Pressekonferenz zu Schuljahresbeginn: „Zusammen mit den in diesem Jahr neu geschaffenen 800 Stellen kommen wir auf rund 50.900 Lehrerstellen. Damit erreicht die Zahl der in Hessen zur Verfügung stehenden Lehrerstellen ein Allzeithoch. Wir stellen uns damit den Herausforderungen, vor denen unser Schulsystem aktuell steht. Denn die gesellschaftlichen Veränderungen machen sich immer deutlicher an unseren Schulen bemerkbar: Der Bedarf an mehr Ganztagsangeboten im Grundschulbereich wie auch an weiterführenden Schulen, der Wunsch nach mehr Angeboten inklusiver Beschulung und nicht zuletzt die Herausforderung der schulischen Integration von tausenden Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die als Flüchtlinge und Zuwanderer, aber ohne Kenntnis der deutschen Sprache, zu uns kommen – all das macht aus unserer Sicht diese umfassenden Investitionen erforderlich.“

Insbesondere für die Schulen selbst sind die genannten Veränderungen eine große Herausforderung. „Ich weiß, dass wir unseren Lehrerinnen und Lehrern sowie den Verantwortlichen in den Schulleitungen und in der Schulverwaltung eine Menge abverlangen“, hob Lorz hervor. „Deshalb will ich heute auch als erstes Danke sagen: Danke, dass Sie sich mit so viel Energie und Engagement diesen neuen Aufgaben stellen! Insbesondere der für uns alle unerwartet gekommene Zuzug zehntausender Flüchtlinge nach Hes-

sen hat die Schulgemeinden vor Herausforderungen gestellt, die es in dieser Dimension noch nicht gegeben hat. Die dabei geleistete Arbeit wissen wir sehr zu schätzen“, so der Kultusminister. Die Schulverwaltung habe darauf im vergangenen Schuljahr mit zwei bedeutenden Maßnahmen reagiert:

1. Mit einer monatlichen Nachsteuerung bei der Zuweisung von Lehrerstellen seit November 2015, damit Schulen flexibel zusätzliche Intensivsprachklassen einrichten können
2. Mit der Schaffung von rund 800 neuen Stellen insbesondere für neue Lehrkräfte, aber auch für Schulpsychologen und in der Schulverwaltung

„Die Landesregierung hat sich im Entwurf für den Haushaltsplan 2017 darüber hinaus auf die Schaffung von nochmals 1.100 neuen Lehrerstellen verständigt. Damit möchten wir einerseits die Intensivmaßnahmen für die Deutschsprachförderung verstärken, andererseits aber auch die Integration der Schülerinnen und Schüler in die Regelklassen ermöglichen. Dafür wird in einem ersten Schritt schon jetzt, verstärkt aber zum Halbjahreswechsel die Bildung zusätzlicher Klassen ermöglicht“, erläuterte Lorz weiter. „Für eine gelingende Integration wird es vor allem darauf ankommen, die Schülerinnen und Schüler, die neu ins deutsche Schulsystem hinzugekommen sind, so auf Schulen und Klassen zu verteilen, dass diese nicht überfordert werden. Das ist sowohl im Sinne der einheimischen Schülerinnen und Schüler als auch derjenigen, die bei uns eine neue Heimat finden werden. Mit der noch vom Landtag noch zu beschließenden Stellenaufstockung sehen wir uns aber gut gewappnet, um unsere Schulen bestmöglich darauf vorzubereiten und angemessen auszustatten.“

### **53.000 Erstklässler werden in Hessen eingeschult**

Zunächst blicken wir aber auf den Schuljahresbeginn in der kommenden Woche: Im Schuljahr 2016/17 wird in Hessen etwa die gleiche Anzahl an Mädchen und Jungen in die erste Klasse eingeschult wie im vergangenen Jahr: Rund 53.000 Erstklässler werden ab nächster Woche in öffentliche Grundschulen in Hessen gehen. „Während wir in den oberen Jahrgängen nach wie vor zurückgehende Schülerzahlen haben, hat

sich die Zahl unserer Erstklässler stabilisiert“, erklärte Kultusminister Lorz. „Zusammen mit dem Anstieg aufgrund von Flucht und Zuwanderung haben wir insgesamt im Vergleich zum Vorjahr eine gestiegene Gesamtschülerzahl von voraussichtlich knapp 771.000 Schülerinnen und Schülern an öffentlichen Schulen in Hessen.“ Diese verteilen sich auf 1.693 allgemeinbildende und 118 berufliche Schulen. Mit Schuljahresbeginn stehen im Stellenplan des Kultusministeriums dafür die bereits genannten rund 50.900 Lehrerstellen zur Verfügung. Ab 1. Januar 2017 stehen dann weitere 1.100 Stellen zur Verfügung, die dem jeweiligen Bedarf entsprechend nach und nach eingesetzt werden können.

### **Gute Einstellungsmöglichkeiten für Grundschullehrer und Förderschullehrer**

„Dieser hohe Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern ist natürlich ein positives Signal für alle ausgebildeten Lehrkräfte, die noch eine Stelle suchen“, erklärte Lorz. „Aus Sicht der Schulverwaltung sehen wir uns auf der anderen Seite der Aufgabe gegenüber gestellt, entsprechend unserer Fachbedarfe qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer zu finden. Wir haben deshalb bereits die Akquise deutlich verstärkt und werben so bspw. auch auf den [Startseiten des Kultusministeriums](#) und des [Schulamtsportals](#) offensiv um neue Lehrkräfte:

Sehr gute Einstellungsmöglichkeiten bieten sich derzeit insbesondere im Lehramt für Grundschulen sowie für Lehrkräfte an Berufs- und Förderschulen aller Förderschwerpunkte. „Schulen und Eltern können sich aber sicher sein, dass wir den aktuell bestehenden Bedarf decken können und dabei auch keine qualitativen Abstriche machen: Auf unbefristete Stellen werden wir auch in Zukunft nur ausgebildete Lehrkräfte mit Zweitem Staatsexamen einstellen“, betonte Lorz.

Investitionsschwerpunkte im Ganzttag, beim Sozialindex, in der Integration und Sprachförderung sowie bei der Umsetzung der Inklusion

Auch im jetzt beginnenden Schuljahr bilden die vier für diese Legislaturperiode definierten Schwerpunktbereiche das Gros für die Bereitstellung zusätzlicher Lehrerstellen:

- Ganzttagsschulprogramm: 2.212 Stellen, davon 230 zusätzlich im Schuljahr 2016/17 plus Zusatzprogramm

in Höhe von 6 Mio. Euro (+ 117 Stellen)

- Deutschförderung/ Integration: 2.170 Stellen, davon 890 zusätzlich im Vergleich zum Schuljahresbeginn 2015/16 (1.280)
- Sozialindex: 480 Stellen, davon 60 Stellen zusätzlich 2016/17
- Inklusiver Unterricht: 2.137 Stellen, davon 135 zusätzlich 2016/17

„Der Ganztagsausbau schreitet im kommenden Schuljahr in großen Schritten voran“, verkündete Kultusminister Lorz mit Blick auf eines der wichtigsten bildungspolitischen Vorhaben der Legislaturperiode. „Damit entsprechen wir dem Wunsch vieler Eltern nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Verbindung mit einem verlässlichen Bildungs- und Betreuungsangebot aus einer Hand. Neben unserem regulären Ganztagsprogramm, aus dem wir insgesamt bis zu 230 neue Stellen zur Verfügung stellen, hat der Hessische Landtag ein 6 Mio. Euro-Zusatzprogramm genehmigt, aus dem heraus wir weitere 117 zusätzliche Stellen finanzieren können.“ Diese kommen zahlreichen Profilerweiterungen und Profilwechseln im Ganztagsprogramm des Landes zugute. Außerdem können elf Schulen neu aufgenommen werden. Der Pakt für den Nachmittag – das umfangreichste Programm für den Ausbau von Ganztagsangeboten an Grundschulen, das es je in Hessen gab – startet im neuen Schuljahr in zehn weiteren Schulträgerregionen. Nach Einführung des Pilotprojekts im Schuljahr 2015/16 in den Großstädten Frankfurt, Kassel und Darmstadt sowie den Landkreisen Gießen, Darmstadt-Dieburg und Bergstraße kommen nun die Landkreise Groß-Gerau, Main-Taunus, Vogelsberg, Hersfeld-Rotenburg, Hochtaunus, Offenbach, Waldeck-Frankenberg sowie die Städte Gießen, Offenbach und Wiesbaden hinzu. „Wir freuen uns sehr, dass damit im zweiten Jahr nach Einführung bereits die Hälfte aller Schulträger in Hessen dabei sind“, hob Kultusminister Lorz hervor.

### **25 Inklusive Schulbündnisse in acht Schulträgerbereichen nehmen ihre Arbeit auf**

Der weitere Ausbau des inklusiven Unterrichts im Sinne der Wahlfreiheit der Eltern ist eines der Ziele bei der Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderun-

gen oder Beeinträchtigungen. Ein Instrument dafür ist die Gründung inklusiver Schulbündnisse in einer Region, mit denen wir alle Entscheidungsträger vor Ort an einen Tisch holen, um gemeinsam den jeweils besten Förderort für jedes einzelne Kind zu finden. Zum Schuljahr 2016/17 starten in acht Schulträgerbereichen die ersten 25 inklusiven Schulbündnisse:

- Darmstadt-Stadt
- Gießen-Land
- Vogelsbergkreis
- Hersfeld-Rotenburg
- Hochtaunuskreis
- Wetteraukreis
- Landkreis Kassel
- Landkreis Limburg-Weilburg

Die inklusiven Schulbündnisse sollen hessenweit innerhalb von drei Jahren eingeführt werden. Sie stellen eine konsequente Weiterentwicklung der bisherigen „Modellregionen Inklusive Bildung“ dar. Sie verfolgen das Ziel, dass möglichst kein Elternwunsch auf inklusive Beschulung abgelehnt werden muss, sie übertragen gleichzeitig zentrale Elemente der Modellregionen sukzessive auf ganz Hessen und schaffen damit noch verlässlichere Strukturen. Innerhalb von drei Jahren stehen dafür 210 zusätzliche Stellen zur Verfügung. Kultusminister Lorz betonte: „Dabei steht immer die bestmögliche Förderung jeder Schülerin, jedes Schülers im Mittelpunkt. Hier leisten auch die Förderschulen weiterhin ihren wichtigen Beitrag.“

Islamischer Religionsunterricht geht mit mehr als 3.000 Schülern in sein viertes Jahr. In den vergangenen Wochen wurde viel über die Rolle des Ditib Landesverbandes Hessen als Kooperationspartner für den bekenntnisorientierten Islamische Religionsunterricht (IRU) diskutiert. „Natürlich beobachten wir die weitere Entwicklung mit großer Sorgsamkeit. Ungeachtet der Diskussion funktioniert der IRU in der Schulpraxis in Hessen aber reibungslos und stößt auf eine immer größer werdende Akzeptanz – sowohl bei muslimischen Eltern und ihren Kindern als auch im nicht-muslimischen Umfeld der jeweiligen Schulgemeinden“, erklärte Kultusminister Lorz. Der IRU startet somit am kommenden Montag in sein viertes Schuljahr. Dann werden nach derzeitigem Stand insgesamt 3.166 Schülerinnen und Schüler der Klassen 1 – 4 (Vorjahr:

2.069) an 56 Schulen teilnehmen. Auch deren Zahl hat sich damit noch einmal um zehn erhöht. Unter den IRU-Schülern sind unter anderem 912 Erstklässler. Da mit diesem Schuljahr erstmals in allen vier Grundschuljahrgängen islamischer Religionsunterricht angeboten wird, ist eine qualitative Evaluation in Vorbereitung.

Der Islamische Religionsunterricht wird ausschließlich von an hessischen Universitäten ausgebildeten und beim Land Hessen beschäftigten Lehrkräften erteilt, die diesen neben anderen Fächern im Rahmen ihres regulären Stundendeputats erteilen. Zum Wintersemester 2016/17 startet an der Goethe-Universität Frankfurt der Studiengang für das Lehramt an Sekundarstufen I (Klassen 5-10) mit dem Unterrichtsfach Islamische Religion. Die Lehramtsausbildung für den Grundschulbereich findet seit dem Wintersemester 2011/12 an der Justus-Liebig-Universität in Gießen statt.

#### **Darüber hinaus starten drei Entwicklungsprojekte neu im Schuljahr 2016/17:**

- Der Schulversuch zur Binnendifferenzierung an Integrierten Gesamtschulen
- Das Pilotprojekt zur Schulleiterqualifizierung
- Das neue Fortbildungs- und Beratungskonzept für Lehrkräfte

Schulversuch zur Binnendifferenzierung startet an acht Integrierten Gesamtschulen. Längeres gemeinsames Lernen voneinander und miteinander in verlässlichen Strukturen kann einen Beitrag zur optimalen Entfaltung der individuellen Potenziale und der Persönlichkeitsentwicklung eines jeden Schülers und einer jeden Schülerin leisten. Bereits heute nutzen 63 Integrierte Gesamtschulen die Möglichkeit in den Jahrgängen 5 und 6 ausschließlich binnendifferenziert zu unterrichten sowie weitere 25 Schulen im Jahrgang 5.

Wie im Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2014 hinterlegt, soll es Integrierten Gesamtschulen zukünftig ermöglicht werden, im Rahmen ihrer pädagogischen Konzeption auch in weiteren Jahrgängen vollständig binnendifferenziert (ohne Aufteilung in Kursen) zu unterrichten. „Im Vorgriff auf die diesbezüglich beabsichtigten Veränderungen des Hessischen Schulgesetzes ermöglichen wir im kommenden Schuljahr in einem ersten Schritt bis zu acht Integrierten Gesamt-

schulen, mit der Umsetzung dieser pädagogischen Rahmenbedingungen zu beginnen“, erläuterte der Kultusminister. Der Klasseanteiler für diese Schulen werde aufbauend ab Jahrgang 5 auf 25 Schülerinnen und Schüler abgesenkt. Im Rahmen eines Schulversuchs im Schuljahr 2016/2017 wird dafür eine schülerbezogene zusätzliche Zuweisung umgesetzt. Der Zuschlag für Klassen über Teiler beträgt 1 Stunde pro Schüler/in. Unterstützt werden diese Schulen durch die Expertise der Versuchsschulen, die ihre Erfahrung im Bereich der Umsetzung von Binnendifferenzierung den Tandemschulen zur Verfügung stellen.

Ab dem Schuljahr 2017/2018 ist dann aufsteigend ab Jahrgang 5 die Umsetzung des 25er-Teilers für alle Integrierten Gesamtschulen geplant, die in dem jeweiligen Jahrgang vollständig binnendifferenziert arbeiten.

#### **Neues Qualifizierungsmodell für künftige Schulleitungen**

Die bereits angesprochenen Themen zeigen beispielhaft, wie vielfältig die Anforderungen an das Schulsystem geworden sind. „Wir möchten daher unsere Schulleitungen sowie Lehrkräfte zukünftig noch gezielter auf ihre herausfordernden Tätigkeiten vorbereiten und auf diesem Weg unterstützen“, erläuterte Kultusminister Lorz. Dazu habe das Kultusministerium für künftige Schulleitungen ein neues Qualifizierungsmodell entwickelt, das mit Beginn dieses Schuljahres in einer Pilotphase erprobt werde. Es ist vorgesehen, dass Lehrkräfte, die Schulleiterin oder Schulleiter werden wollen, zukünftig eine verbindliche, umfangreiche und fundierte Vorbereitung durchlaufen. Diese besteht aus einer Vorbereitungsphase und einem Eignungsfeststellungsverfahren, ist berufsbegleitend und erstreckt sich über etwa ein Jahr. Zum Schuljahr 2016/2017 ist eine erste Pilotierung im Kooperationsverbund Mitte, der die Staatlichen Schulämter in Gießen, Marburg, Friedberg und Weilburg umfasst, geplant. Im Anschluss daran ist beabsichtigt, das Modell zu evaluieren und bei Bedarf anzupassen. Anschließend soll das Qualifizierungsmodell mit einer Übergangsregelung in ganz Hessen eingeführt werden.

## **Lehrkräfteakademie erarbeitet neues Fortbildungs- und Beratungskonzept**

Außerdem werde die Hessische Lehrkräfteakademie in diesem Schuljahr ein neues Fortbildungs- und Beratungskonzept für Lehrkräfte einführen, sagt Lorz weiter. Schwerpunkte seien dabei nicht nur Inhalte wie sprachsensibler Unterricht, Ganztags oder Inklusion, sondern auch die Bereiche Lesen, Schreiben und Rechnen sowie Berufsberatung und Medienbildung.

Zum Abschluss wünschte Kultusminister Alexander Lorz allen Schülerinnen und Schülern sowie ihren Lehrerinnen und Lehrern einen erfolgreichen Start in das neue Schuljahr!

## **18.08.2016 Pressestelle: Hessisches Kultusministerium**

**Bildungsmonitor: Kultusminister Lorz sieht eine Bestätigung der Schwerpunktsetzung in den Bereichen Ganztagsausbau und Bildungsintegration**



© Robert Kneschke / Fotolia.com

Der „Bildungsmonitor 2016“ – eine heute vorgestellte Vergleichsstudie des Instituts der deutschen Wirtschaft im Auftrag der Initiative Soziale Marktwirtschaft (INSM) – zeigt, dass sich Hessen in der studieneigenen Punkteskala abermals verbessert hat. Lobend hervorgehoben werden insbesondere die Handlungsfelder Inputeffizienz, Förderinfrastruktur und Integration. „Wir freuen uns sehr über das gute Abschneiden und insbesondere über die besondere Hervorhebung unserer Bemühungen im Ganztagsausbau und bei der Bildungsintegration“, erklärte Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz. „Wir sehen in den Ergebnissen auch eine Bestätigung unserer Schwerpunktsetzung bei den Themen Ganztags, Sozialindex,

Sprachförderung und Inklusion.“ Das verbesserungsfähige Urteil über die Schulqualität sieht Lorz wiederum als Ansporn, dieses Themenfeld verstärkt in den Fokus zu rücken. Lorz verweist dabei aber auch auf die veraltete Datenbasis dieser Ergebnisse.

## **Im Dynamik-Ranking auf einem guten vierten Platz**

Der relative Rückfall von Platz 8 auf Platz 10 im Gesamtranking der Länder ist nicht auf eine Verschlechterung in der Punktzahl im eigentlichen Sinne zurückzuführen, sondern auf das relative Abschneiden im Ländervergleich. So haben einige wenige Bundesländer aus dem unteren Mittelfeld einen deutlichen Sprung nach vorn gemacht, was insbesondere auf deren Verbesserungen im Hochschulbereich zurückzuführen ist. Im Dynamik-Ranking liegt Hessen hinter den drei Aufsteigern auf einem guten vierten Platz.

Im Einzelnen hebt die Studie die günstige Altersstruktur der Lehrkräfte hervor sowie den starken Rückgang der Ruhestandseintritte von Lehrkräften durch Dienstanfähigkeit. Im Bereich der Förderinfrastruktur kommt die Studie zum Ergebnis, dass Hessen sowohl bei Ausbaustand als auch bei Teilnehmerquoten im Ganztagsbereich deutlich über dem Schnitt der Länder liegt. Und nicht zuletzt ragt beim Blick auf das Handlungsfeld Integration der schulische Erfolg ausländischer Schülerinnen und Schüler hervor, der deutlich über dem Durchschnitt der Bundesländer liegt. Hier hat Hessen sowohl eine geringe Abbrecher- als auch eine hohe Abiturquote vorzuweisen.

## **Verbesserungspotenzial im Bereich „Internationalisierung“**

Verbesserungspotenzial erkennen die Autoren des Bildungsmonitors im Bereich „Internationalisierung“, bei dem die Studie auf relativ niedrige Quoten von Grundschulern und Berufsschülern mit Fremdsprachenunterricht verweist. Die hessischen Werte (Grundschule: 49,5%, Berufsschule: 25,4%) liegen zwar klar unter dem Schnitt der Länder, können aber immer noch als gut bezeichnet werden. „Nichtsdestotrotz sehen wir hier einen hilfreichen Hinweis, dass der Fremdsprachenunterricht im Primarbereich wie auch an unseren Berufsschulen ausbaufähig ist“, sagte der Kultusminister. „Hessen als stark exportorientiertes Land mit wirt-

schaftlichen und kulturellen Verflechtungen in die ganze Welt sieht in der internationalen Ausrichtung seiner Bildungsstrukturen durchaus eine wichtige Aufgabe.“

Die „Sonderstudie Flüchtlinge“ fordert für ganz Deutschland eine deutliche Steigerung der Bildungsausgaben aufgrund der Flüchtlingszahlen, die verstärkte Anstrengungen in der Bildungsintegration erforderlich machten. Dabei hat die Studie mit Blick auf Hessen beispielsweise aber noch nicht berücksichtigt, dass allein im Schulbereich im Haushaltsjahr 2016 rund 800 neue Lehrerstellen geschaffen worden sind und der Landeshaushalt 2017 abermals 1.100 zusätzliche neue Lehrerstellen für die schulische Integration der jungen Flüchtlinge und Zuwanderer vorsieht. „Mit dieser deutlichen Stellenausweitung reagiert die Hessische Landesregierung mit einem enormen Kraftakt auf die aktuellen Herausforderungen, sieht darin aber auch eine unabdingbare Reaktion auf die gestiegenen Schülerzahlen“, erläuterte Lorz weiter.

#### **Schulqualität: Bildungsmonitor arbeitet mit veralteten Zahlen, die darüber hinaus auf Ergebnissen aus einer einzigen Studie herrühren**

Auch wenn beim Handlungsfeld „Schulqualität“ Hessen laut Studie unterdurchschnittlich abschneidet, fällt doch auf, dass dieses Ergebnis nicht gesondert thematisiert wird. Das mag daran liegen, dass die Studie sich insbesondere in diesem Bereich auf deutlich veraltete Zahlen beruft – so im Sek I-Bereich auf einer Vergleichsstudie 2009/2012 und im Grundschulbereich auf Zahlen aus 2011 und die daher schon mehrfach berichtet wurden. Dessen ungeachtet fließen die Ergebnisse mit einem negativen Effekt in die Gesamtbewertung Hessens ein. Methodisch gesehen muss die Verkürzung des Themas „Schulqualität“ auf Ergebnisse einer einzigen Studie ohnehin kritisch betrachtet werden. Sie ist jedoch dem quantitativ-statistischen Ansatz des Bildungsmonitors geschuldet: die Ländervergleiche sind die einzigen empirischen Datenquellen für Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler nach Ländern.

In den vergangenen Jahren hat Hessen aber bereits kräftig investiert, das Lehrer-Schüler-Verhältnis klar verbessert und sich in vielen Einzelbereichen konzeptionell weiterentwickelt: Das reicht von der Qualität

der Ganztagsangebote und -betreuung bis hin zu neuen Ansätzen und verpflichtenden Elementen in der Berufs- und Studienorientierung.

#### **Hintergrund:**

Der jährliche erscheinende Bildungsmonitor der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft beschreibt und bewertet die Situation der Bildungssysteme der Länder in 12 Handlungsfeldern (beginnend bei Ausgaben-Priorisierung bis hin zu Forschungsorientierung) mit Hilfe von 93 Indikatoren. Mit Hilfe einer komplexen Metrik werden die Ergebnisse der Indikatoren in den Handlungsfeldern ermittelt und hierarchisch aufsteigend zu Rangplätzen und -listen verdichtet.

Schulische Bildung ist ein wichtiger Bestandteil der betrachteten Bildungsbereiche, jedoch sind die Handlungsfelder oft quer zu den Bildungsbereichen definiert („Internationalisierung“ etwa beinhaltet sowohl Fremdsprachenlernen in der Schule als auch Bildungsausländer an Hochschulen). Daher fließen Veränderungen der auf das Schulsystem bezogenen Indikatoren in das Gesamtergebnis ein ebenso wie Entwicklungen in anderen Bildungsbereichen (Hochschule, frühkindliche Bildung, Weiterbildung). In denjenigen drei Ländern, die sich 2016 am stärksten verbessert haben (Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Saarland), hat Schule daran nur einen geringen Anteil, was die Rangveränderung Hessens relativiert. Gründe sind vor allem Promotions- und Habilitationsquoten, F&E-Ausgaben, Drittmittel oder Fortbildungsabsolventen.

#### **15.08.2016 Pressestelle: Hessisches Kultusministerium**

#### **Ferienbetreuung beim Pakt für den Nachmittag bereichert Ganztagsangebote**



© HKM

Zum ersten Mal überhaupt gibt es in diesen Sommerferien für Schülerinnen und Schüler in Hessen eine Ferienbetreuung im Rahmen des Ganztagsangebots ihrer Schule. Diese ist Teil des ‚Pakts für den Nachmittag‘, des umfangreichsten Programms für den Ausbau von Ganztagsangeboten an Grundschulen, das es je in Hessen gab. Im Zuge seiner Sommertour hat sich Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz heute über das Ferienangebot an der Eiche Schule in Ober-Ramstadt informiert. „Ich freue mich sehr, dass es nun gelungen ist, die Ganztagsangebote in Hessen auch in die Ferien auszudehnen“, erklärte Lorz. „Damit leisten wir einen weiteren Beitrag für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.“ Nach dem gemeinsamen Mittagessen versuchte sich Lorz mit den Kindern im Batiken – einer Färbetechnik für Textilien.

#### **Pilotschulträger beim „Pakt für den Nachmittag“**

Seit einem Jahr nimmt der Landkreis Darmstadt-Dieburg als Pilotschulträger mit drei Grundschulen am Ganztagsprogramm des Landes „Pakt für den Nachmittag“ teil. Zum Schuljahr 2015/16 waren insgesamt sechs Pilotregionen gestartet: neben den Großstädten Frankfurt, Kassel und Darmstadt auch die Landkreise Gießen, Darmstadt-Dieburg und Bergstraße.

Träger des Ferienangebots an der Eiche-Schule ist der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB): „An unseren Schulen bieten wir ein ausgewogenes Ferienprogramm für die Kinder an. Die Balance zwischen Spiel – Spaß – Anregung und Entspannung steht im Mittelpunkt“, erklärte Sabine Schaub, Bereichsleiterin für den Pädagogischen Fachdienst Kinder-Jugend-Schule beim ASB Südhessen. „Meist sind die einzelnen Wochen mit Themen überschrieben wie: Zirkus, Sport und Spiel, Naturerfahrung, Detektiv-Woche etc.“ Das Ferienangebot startet mit dem heutigen Tag für zwei Wochen. An der Eiches Schule ist ein Kunstprojekt geplant, in dem sich die Kinder mit Ton und Mosaik befassen werden. Weiter wird es ein Musikprojekt geben, in dem die Kinder ihren eigenen Eiche Schule-Song schreiben, vertonen und auf CD brennen. Eine Hundeflüsterin wird mit einem Blindenhund kommen, der Naturlehrpfad wird begangen und zum krönenden Abschluss gibt es Wasserspiele und einen Kinobesuch.

#### **Kern der Vereinbarung**

Das Land stellt im ‚Pakt für den Nachmittag‘ die personellen Ressourcen in Form von Lehrerstellen zur Verfügung und leistet damit einen wichtigen Beitrag für ein hochwertiges Bildungs- und Betreuungsangebot, das hohen pädagogischen Standards entspricht. Kern der Vereinbarung ist ein verlässliches und integriertes Bildungs- und Betreuungsangebot von 7.30 bis 17.00 Uhr. Das Land leistet seinen Beitrag für die Angebote rechnerisch an fünf Tagen in der Woche bis 14.30 Uhr. Der Schulträger leistet seinen Beitrag rechnerisch für den Zeitraum von 14.30 Uhr bis 17.00 Uhr und in den Schulferien. Vorhandene Träger bewährter Bildungs- und Betreuungsangebote vor Ort werden in die Angebote einbezogen. Grundlage der Ressourcenberechnung von Seiten des Landes ist die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in der jeweiligen Grundschule. Auch im kommenden Schuljahr wird das Land insgesamt 230 Stellen zusätzlich für den Ausbau der Ganztagsangebote zur Verfügung stellen, davon allein rund 180 für die Schulen im ‚Pakt für den Nachmittag‘. „Wir möchten den Pakt dort anbieten, wo die Nachfrage dafür vorhanden ist und wo wir auf lokale und bereits gefestigte Strukturen aufbauen können“, erläuterte der Kultusminister. „Daher ist uns die Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen sowie den freien Trägern von Betreuungsangeboten besonders wichtig – die wichtigste Eigenheit des ‚Pakts für den Nachmittag‘.“ Zum Schuljahr 2016/17 kommen mit den Landkreisen Groß-Gerau, Main-Taunus, Vogelsberg, Hersfeld-Rotenburg, Hochtaunus, Offenbach, Waldeck-Frankenberg und den Städten Gießen, Offenbach und Wiesbaden zehn neue Schulträger hinzu. Aus diesen zehn Regionen steigen insgesamt 45 Grundschulen in das Programm zum Ausbau der Ganztagsangebote ein. Zusammen mit weiteren Anmeldungen aus den bisherigen Schulträgern und den bereits in diesem Schuljahr gestarteten Schulen nehmen im kommenden Schuljahr 122 Schulen beim Pakt für den Nachmittag teil.

#### **Freiwilligkeit als Grundprinzip**

Kultusminister Lorz betonte zum Abschluss seines Besuchs das Grundprinzip der Freiwilligkeit: „Wir stülpen Eltern und Schülern die Nachmittagsangebote nicht von oben verpflichtend über, sondern stellen die

Freiwilligkeit als Grundprinzip in den Vordergrund. Denjenigen, die mehr Bildungs- und Betreuungsangebote wünschen, stellen wir entsprechende Angebote zur Verfügung. Dieses Vorgehen funktioniert an den Pakt-schulen in vorbildlicher Weise. Davon habe ich mir bei vielen Schulbesuchen selbst ein Bild machen können.“

### **15.08.2016 Pressestelle: Hessisches Kultusministerium**

#### **Lern- und Lesecke in einer Flüchtlingsunterkunft in Bad Homburg eröffnet**

Im Rahmen der ersten Station seiner Sommerreise hat Hessens Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz heute eine Flüchtlingsunterkunft des Hochtaunuskreises in Bad Homburg besucht, um dort eine „Lern- und Lesecke“ für Familien mit Kindern zu eröffnen.



Die Einrichtung der „Ecke“ geht auf die Initiative „Bücher sagen Willkommen“ zurück, die gemeinsam vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels, der Frankfurter Buchmesse und der gemeinnützigen GmbH LitCam zum Weltbildungstag 2015 gestartet wurde. „Ich freue mich sehr, heute hier in Bad Homburg zu sein. Die Lern- und Lesecken sind ein wirklich toller und überaus wertvoller Beitrag zum Spracherfolg und daraus resultierend auch zum Integrations-erfolg der vielen jungen Flüchtlinge in Hessen“, sagte Kultusminister Lorz und ergänzte: „Das Projekt zeigt auch, dass die Integration eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Aus diesem Grund sind wir dankbar dafür, dass der Spracherwerb der Kinder und Jugendlichen auch außerhalb unserer Schulen so vorbildlich gefördert wird, wie es die Initiatoren von ‚Büchern sagen Willkommen‘ mit dem spannenden und unterhalt-samen Lern- und Lesematerialien tun.“

#### **Mehr als 120 Lern- und Lesematerialien**

Die Lern- und Lesecke in Bad Homburg wurde mit Unterstützung der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft Darmstadt mit drei Regalen sowie einem Sitzsack und einer Auswahl von mehr als 120 Lern- und Lesematerialien ausgestattet. Ein Großteil der mehrsprachigen Materialien (Arabisch und Dari) ist dabei für die Kinder im Grundschulalter vorgesehen. Den Kindern und Jugendlichen steht zudem ein PC zur Verfügung. Sogenannte Lernposter vermitteln den Umgang mit Apps auf dem Smartphone, die beim Deutsch lernen hilfreich sind. Die Materialien sollen das Erlernen der deutschen Sprache erleichtern und ihren Alltag in den Unterkünften bereichern. „Den Eltern und Kindern fällt es leichter an Gesellschaft und Bildung teilzunehmen, wenn sie die deutsche Sprache verstehen“, erklärte die Kreisbeigeordnete und Sozialdezernentin Katrin Hechler, die sich mit dem Deutschen Roten Kreuz und den ehrenamtlichen Helfern über die Lesecke und die neuen Sprach-Lern-Bücher freut, nachdem sie den Spendern ein „großes Dankeschön“ ausgesprochen hatte.

Die Initiative „Bücher sagen Willkommen“ verfolgt das Ziel, Flüchtlingen auf direktem und einfachen Wege „Lern- und Lesematerial“ zur Verfügung zu stellen. Die in der Buchbranche gestartete Spendenaktion, an der sich neben Buchhandlungen auch mehrere Verlage mit größeren Spenden beteiligen, erzielte bisher mehr als 40.000 Euro. „Mit den Spendengeldern konnten wir bisher bundesweit bereits 27 Lern- und Lesecken, darunter auch die in Bad Homburg, in Flüchtlingsunterkünften in ganz Deutschland einrichten“ sagt Karin Plötz, Direktorin der LitCam, und ergänzt: „Das Lern- und Lesematerial wird zielgruppengerecht von einem Expertengremium ausgewählt und ständig aktualisiert“.

#### **Zukünftig auch in Schulen mit Intensiv-klassen**

In Kooperation mit dem Hessischen Kultusministerium ist für das bald startende neue Schuljahr außerdem geplant, das Projekt „Bücher sagen Willkommen“ mit den Lern- und Lesecken in die hessischen Schulen zu bringen, in denen bereits Intensiv-klassen eingerichtet wurden. „Nachdem ich heute sehen und erleben konnte, welche spannenden Möglichkeiten die Lern- und Lesecken bieten, bin ich mir sicher, dass sie

auch in unseren Schulen so angenommen werden wie hier in Bad Homburg“, so Lorz zum Abschluss seines Besuches.

**05.08.2016 Pressestelle: Hessisches Ministerium für Soziales und Integration  
Arbeitsminister Stefan Grüttner: „Hessen handelt - Gut aufgestellt gemeinsam die Zukunft gestalten“**



© Jörn Buchheim - fotolia.com

„Hessen hat mit einem strategischen Maßnahmenmix aus Bildung, Arbeitsmarktpolitik und Internationalisierung verschiedenste Projekte auf den Weg gebracht, um Fachkräfte zu gewinnen und deren Verbleib zu sichern“, erklärte Hessens Minister für Soziales und Integration, Stefan Grüttner, heute in Wiesbaden, anlässlich der Veröffentlichung eines Berichts über den Umsetzungsstand des Gesamtkonzepts Fachkräftesicherung für den Zeitraum 2013 bis 2015. „Angesichts des demografischen Wandels ist die Versorgung der Wirtschaft mit Fachkräften eine der großen Zukunftsaufgaben zur Sicherung des wirtschaftlichen und sozialen Wohlstandes“, betonte der Minister.

Der vorgelegte Bericht gibt Auskunft über nahezu 150 verschiedene Maßnahmen, die von der Fachkräftekommission mit den Gestaltungspartnern ins Leben gerufen wurden und sich zum Teil noch in der Umsetzung befinden, zum Teil aber auch schon vollzogen worden sind. In dem Bericht werden der Arbeitsmarkt und die Fachkräftesituation sowie das Zusammenwirken der unterschiedlichen Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt und Internationalisierung im Jahr 2015 dargestellt. „Wir passen unsere Fachkräftestrategie an, setzen auf Kooperation und Dialog und erschließen mit den Gestaltungspartnern Fachkräftepotenziale“, betonte der Minister. Land Hessen auf dem richtigen Weg

Dr. Frank Martin, Leiter der Regionaldirektion Hessen, sieht das Land Hessen auf dem richtigen Weg: „Die Herausforderungen, die die demografische Entwicklung mit sich bringt, wurden in Hessen früh erkannt, angesprochen und angegangen. Die bereits vor vier Jahren einberufene Fachkräftekommission brachte alle arbeitsmarktpolitischen Akteure an einen Tisch. Das Ziel: Das Fachkräftepotential inländischer Arbeitnehmer besser zu erkennen und zu fördern. Die höhere Durchlässigkeit des Bildungssystems und die gesunkene Zahl der Schulabbrecher sind gute Beispiele. Handlungsbedarf besteht weiterhin bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen oder den Weiterbildungs- und Qualifizierungsangeboten im Beruf. Viele Maßnahmen wurden angestoßen, weitere werden sicherlich in den nächsten Jahren hinzukommen oder angepasst werden. Das Thema Fachkräfte ist noch nicht zu Ende gedacht.“

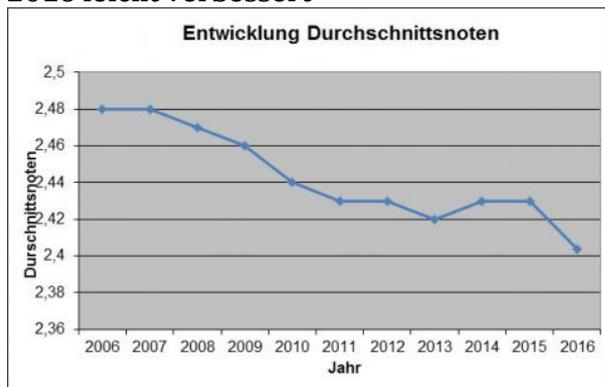
Zentrale Elemente der hessischen Fachkräfteoffensive sind die Gewinnung von Fachkräften aus dem In- und Ausland, die Sicherung der Fachkräfte in den Unternehmen durch zum Beispiel berufliche Qualifizierungen und die Gestaltung guter, menschengerechter Arbeitsbedingungen sowie die Steigerung der Arbeitgeberattraktivität. Der Minister betonte, dass die Fachkräftesicherung in Hessen keine Eintagsfliege sei, sondern eine dauerhafte Aufgabe aller Akteure. „Fachkräfte gemeinsam finden, binden und stärken bleibt eine der gesamtgesellschaftlichen Zukunftsaufgaben.“

**Hintergrund: Beispielhafte Maßnahmen**

Aus dem Bereich der Aus- und Weiterbildung gibt es die Programme Gütesiegel Berufs- und Studienorientierung Hessen, das Förderprogramm „Praxis und Schule“, Mentoring-Programme insbesondere für junge Frauen an Hochschulen; aus dem Bereich Arbeitsmarktpolitik sind der Ausbau der U3-Betreuungsangebote, die Förderung von Familienzentren in Hessen, die Koordinierungsstelle Frauen und Wirtschaft und das Hessische Perspektivprogramm zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen schwerbehinderter Menschen – HePAS – zu nennen. Im Bereich der Internationalisierung wurden die WELCOMCENTER Hessen – Willkommen und Wohlfühlen in Hessen – etabliert. Ehrenamtliche Integrationslotsen werden im Rahmen des Hessischen Landes-

programms „WIR“ gefördert. Weitere Maßnahmen, wie die Arbeitsmarktinitiative „Gemeinsam aktiv für die Integration von Flüchtlingen in die Arbeitswelt“, Zukunftspakt Hessische Landwirtschaft und die Hessische Initiative zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege tragen ebenso zur Fachkräftesicherung bei.

**01.08.2016 Pressestelle: Hessisches Kultusministerium**  
**Notendurchschnitt beim Landesabitur 2016 leicht verbessert**



© HKM

Die Durchschnittsnote im Landesabitur 2016 liegt bei 2,40 und hat sich damit im Vergleich zu den Vorjahren leicht verbessert. „Es freut mich wirklich sehr, dass unsere Abiturientinnen und Abiturienten auch in diesem Jahr wieder solche guten Ergebnisse erzielt haben“, so der Hessische Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz. „Ich gratuliere allen, unabhängig davon, ob die erzielte Note den jeweiligen persönlichen Ansprüchen entsprochen hat, zu ihrem Abschluss sehr herzlich! Jeder, der das Abiturzeugnis überreicht bekommen hat, kann stolz auf diese Leistung sein.“

**Der Beginn eines neuen Lebensabschnitts**

Mit dem Bestehen des Abiturs beginnt für die Schülerinnen und Schüler ein neuer Lebensabschnitt: Ausbildung, Studium, Auslandsaufenthalt oder Freiwilliges Soziales Jahr, die Möglichkeiten sind vielfältig. „Das Abitur ist ein wichtiger Grundstein und gleichzeitig der Startschuss für viele weitere wichtige persönliche Entscheidungen und berufliche Entwicklungen. Für den nun bevorstehenden Lebensabschnitt wünsche ich allen stolzen Inhabern des Abiturs alles Gute, viel Erfolg und vor allem ein glückliches Händchen bei der zukünftigen Berufs- oder Studienwahl“, so Lorz.

An den Abiturprüfungen 2016 haben insgesamt 25.370 Schülerinnen und Schüler teilgenommen, von denen 24.486 das Abitur bestanden haben. Dies entspricht einer Quote von 96,5 Prozent. 3,5 Prozent der Prüflinge haben die Abiturprüfung nicht bestanden, 513 Abiturienten (2,1 Prozent) die Traumnote 1,0 erreicht.

**Dank den Lehrerinnen und Lehrern**

„Ich bedanke mich bei allen Lehrerinnen und Lehrern, die mit ihrem Engagement und sicherlich auch mit ihrem Fingerspitzengefühl beim Landesabitur 2016 als Prüferinnen und Prüfer einen entscheidenden Beitrag zum reibungslosen Ablauf und den tollen Noten beigetragen haben. Ebenso gilt mein Dank den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Kultusministerium und den Staatlichen Schulämtern“, so Minister Lorz abschließend.

	2016	2015	2014	2013	2012
Prüflinge	25.370	26.359	30.011	32.609	25.472
bestanden Quote	24.486 96,5%	25.574 97,0%	29.147 97,1%	31.679 97,1%	24.796 97,3%
nicht bestanden Quote	884 3,5%	785 3,0%	864 2,9%	676 2,9%	676 2,7%
Noten- durch- schnitt 1,0Quote	513 2,1	419 1,6%	412 1,4%	516 1,6%	375 1,5%
Abitur- durch- schnitt	2,4	2,43	2,43	2,42	2,43

**Pressemitteilungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung**

**29.07.2016 Pressemitteilung: 086/2016**  
**Mehr BAföG: "Studierende und Schüler werden die Verbesserungen deutlich spüren können"**

Bedarfssätze? Maximalförderung? Vermögensfreibetrag? Klingt kompliziert, lohnt sich aber: Mit dem neuen Schuljahr bzw. dem kommenden Wintersemester steigt das BAföG für Schülerinnen und Schüler sowie Studierende. Am 1. August tritt das umfassende Reformpaket des 25. BAföG-Änderungsgesetzes in Kraft. Dadurch wird es substanzielle Verbesserungen bei den

BAföG-Leistungen geben. Die Bedarfssätze und Einkommensfreibeträge werden mit der Reform um sieben Prozent erhöht. So steigen nicht nur die Förderungsbeträge, auch der Kreis der BaföG-Empfänger wird sich im Jahresdurchschnitt um rund 110.000 vergrößern. Prognosen zufolge wird damit die Zahl der Geförderten im kommenden Jahr auf den höchsten Wert seit mehr als 30 Jahren anwachsen.

"Schülerinnen, Schüler und Studierende werden die Verbesserungen dieser BaföG-Reform deutlich spüren können", sagte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka. "Die Bundesregierung sorgt mit dem BaföG für mehr Bildungsgerechtigkeit und eröffnet Bildungschancen. Wir haben ein modernes BaföG geschaffen, das auf die Anforderungen in der Lebens- und Ausbildungswirklichkeit von heute eingeht."

Die Änderungen im Einzelnen: Die Bedarfssätze und die Einkommensfreibeträge steigen um sieben Prozent. Der Wohnzuschlag für nicht bei ihren Eltern wohnende Studierende wird überproportional auf 250 Euro angehoben, für diese Studierenden steigt damit der monatliche Förderungshöchstsatz sogar um rund 9,7 Prozent von derzeit 670 Euro auf künftig 735 Euro. Die Kinderbetreuungszuschläge werden auf einheitlich 130 Euro pro Kind angehoben. Bisher gab es gestaffelt 113 Euro für das erste und 85 Euro für jedes weitere Kind. Der Kinderbetreuungszuschlag bietet Auszubildenden die Möglichkeit, flexible Fremdbetreuung außerhalb der regulären Öffnungszeiten von Einrichtungen zur Kinderbetreuung zu organisieren und zu finanzieren. So lassen sich Ausbildung und Familie besser vereinbaren. Der Freibetrag für eigenes Vermögen von Auszubildenden wird ebenfalls deutlich angehoben – von bisher 5200 Euro auf 7500 Euro. Die Geförderten können zudem künftig dauerhaft einen sogenannten Minijob bis zur vollen Höhe von 450 Euro monatlichem Verdienst ausüben, ohne dass dieses Einkommen auf ihre BaföG-Leistungen angerechnet wird.

Auch strukturelle Änderungen treten ab dem 1. August in Kraft: Beim Übergang zwischen einem Bachelor- und einem anschließenden Masterstudiengang gilt künftig beim BaföG für Studierende grundsätzlich die Bekanntgabe des Abschlussergebnisses als Ausbildungsende, nicht bereits die letzte

Prüfungsleistung. Damit wird die Förderung um maximal zwei Monate verlängert – und eine Förderlücke geschlossen. Alle BaföG-Anträge können zudem ab 1. August 2016 auch online gestellt werden.

Mit dem gesamten Reformpaket investiert der Bund im Jahr zusätzlich 825 Millionen Euro in die bessere Unterstützung von BaföG-Empfängern und mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit. Bereits ab Anfang 2015 hatte der Bund infolge des 25. BaföG-Änderungsgesetzes die volle Finanzierung der Geldleistungen nach dem BaföG übernommen. Damit entlastet der Bund die Länder Jahr für Jahr um rund 1,2 Milliarden Euro. Das schafft finanzielle Spielräume für die Länder, die diese insbesondere zugunsten ihrer Hochschulen nutzen sollen.

Weitere Reformteile des 25. BaföG-Änderungsgesetzes sind zudem ebenfalls schon seit einiger Zeit in Kraft. Eine verbesserte Abschlagsregelung während der Bearbeitung eines Erstantrages sowie eine vorzeitige Förderungsmöglichkeit bei nur vorläufiger Einschreibung in ein Masterstudium gibt es bereits seit dem 1. August 2015. Auch Drittstaatsangehörige mit Aufenthaltstiteln aus humanitären oder familiären Gründen oder einer Duldung in Deutschland haben inzwischen nach nur 15 Monaten statt wie bisher vier Jahren die Möglichkeit, BaföG zu beantragen.

### Pressemitteilungen der Europäischen Kommission

Europäische Kommission - EUROSTAT

#### **Juli 2016 - Arbeitslosenquote im Euroraum bei 10,1% - In der EU28 bei 8,6%**

Brüssel, 31. August 2016

Im **Euroraum** (ER19) lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Juli 2016 bei 10,1%. Damit war sie unverändert gegenüber Juni 2016 und verzeichnete einen Rückgang gegenüber 10,8% im Juli 2015. Das ist nach wie vor die niedrigste Quote, die seit Juli 2011 im **Euroraum** verzeichnet wurde. In der **EU28** lag die Arbeitslosenquote im Juli 2016 bei 8,6%. Damit war sie unverändert gegenüber Juni 2016 und verzeichnete einen Rückgang gegenüber 9,4% im Juli 2015. Das ist nach wie vor die niedrigste Quote, die seit März 2009 in der **EU28** verzeichnet wurde. Diese Daten werden von

**Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union**, veröffentlicht.

Europäische Kommission - Pressemitteilung  
**Bessere Sozialstatistiken für ein soziales Europa**

Brüssel, 24. August 2016

Die Europäische Kommission hat heute den Vorschlag für eine Verordnung angenommen, mit der neue, integrierte Wege der Erhebung und der Verwendung von Daten aus sozialstatistischen Erhebungen beschritten werden. Damit sollen die politische Entscheidungsfindung allgemein und die Sozialpolitik im Besonderen besser untermauert werden.

Mit einer tragfähigeren Datengrundlage bei den sozialen Indikatoren sollen soziale Entwicklungen besser analysiert werden. Ferner soll zur Erreichung der Bestnote für den Sozialstatus Europas beigetragen werden.

Marianne **Thyssen**, die für Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität sowie europäische Statistiken (EUROSTAT) zuständige Kommissarin, äußerte sich hierzu wie folgt: *„Wir nehmen heute die Modernisierung der Sozialstatistik in Angriff. Dabei stehen aber nicht die Zahlen im Mittelpunkt, sondern der Mensch. Gute Politik setzt gute Daten voraus. Was wir brauchen, sind die genauesten sozialstatistischen Daten. Wir brauchen aktuellere Daten und wir brauchen sie schneller, damit wir mit unseren sozialpolitischen Maßnahmen auf die tatsächlichen Bedürfnisse der europäischen Bürgerinnen und Bürger eingehen können. Mit dem heute vorgelegten Vorschlag beweisen wir einmal mehr, dass die soziale Dimension für die Juncker-Kommission ein zentrales Anliegen ist.“*

Mit der vorgeschlagenen Rahmenverordnung wird die Veröffentlichung von Daten beschleunigt, indem die Fristen für ihre Übermittlung in mehreren Bereichen verkürzt werden. Auch werden die EU-Sozialstatistiken vergleichbarer und kohärenter gestaltet, indem sieben bestehende Haushaltserhebungen zusammengeführt werden, die in der EU gegenwärtig durchgeführt werden, und indem Variablen harmonisiert werden, die in zwei oder mehr Erhebungen vorkommen. Dies erleichtert es ferner, soziale Phänomene – auf der Grundlage neuer Erhebungsmethoden – im Zusammenhang zu analysieren. Schließlich wird

das verfügbare Datenspektrum erweitert und ergänzt, indem die nationalen statistischen Ämter innovative Ansätze und Methoden anwenden und Daten aus verschiedenen Quellen miteinander kombiniert werden.

**Hintergrund**

Die Initiative fügt sich in ein breit angelegtes Programm zur Modernisierung der Sozialstatistik ein, das in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten umgesetzt wird. Sie bietet Lösungen für die wachsenden Herausforderungen in diesem Bereich der Statistik, wie den raschen Wandel bei Methodik und IT-Einsatz, die Verfügbarkeit neuer Datenquellen, die Veränderungen der Bedürfnisse und Erwartungen der Datennutzer sowie den fortwährenden Druck auf die vorhandenen Mittel. Darüber hinaus wird mit der Initiative auch die geplante **europäische Säule sozialer Rechte** gestützt, die eine tragfähige Datengrundlage u. a. für die Themenbereiche Ungleichheiten, Qualifikationen, Zugang zu Beschäftigung für alle und Sozialschutzaufwendungen erfordert, die allesamt besser mithilfe stichhaltiger, aktueller Statistiken beschrieben werden sollten. Die Initiative ist auch ein Bestandteil des Programms zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung und soll die auf Stichprobenerhebungen beruhenden europäischen Sozialstatistiken straffen, den Vorgang der Datenerhebung effizienter gestalten und zu relevanteren statistischen Ergebnissen führen.

Vergleichbare Initiativen werden auch für andere Statistikbereiche, wie die Unternehmens- und die Agrarstatistik, aufgelegt.

Die Rahmenverordnung deckt folgende sieben Haushaltserhebungen ab: die **Arbeitskräfteerhebung (AKE)**, die **Statistiken über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC)**, die **Erhebung über die Erwachsenenbildung (AES)**, die **Europäische Gesundheitsumfrage (EHIS)**, die **Erhebung über die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) in Haushalten (IKT-HH)**, die **Erhebung über die Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte** und die **Harmonisierte Europäische Zeitbudgeterhebung**.

Infolge der Initiative werden sich die Kosten der Stichprobenerhebungen durch die Mitgliedstaaten ebenso verringern wie der

Aufwand für die an der Erhebung teilnehmenden EU-Bürgerinnen und -Bürger.

Die Kommission plant, die Rahmenverordnung ab 2019 stufenweise umzusetzen.

Der Vorschlag ist das Ergebnis einer umfangreichen Konsultation der interessierten Parteien, zu denen die Datenproduzenten, die Datenlieferanten und die Datennutzer gehören. Die Ergebnisse der Konsultation sind in einer Folgenabschätzung beschrieben, die [hier](#) eingesehen werden kann.

Das **Europäische Statistische System (ESS)** erstellt die statistischen Daten, mit denen im Rahmen des Europäischen Semesters die Leistungen der Mitgliedstaaten bewertet, die Hauptziele von Europa 2020 überwacht, zahlreiche Bewertungsrahmen der Kommission für die Beschäftigung und soziale Entwicklungen umgesetzt und die Voraussetzungen für eine künftige strategische Vision für Europa über Europa 2020 hinaus geschaffen werden. Die politischen Prioritäten der Union erfordern ein gutes Instrumentarium, mit dem sich Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen, der digitale Binnenmarkt, eine vertiefte und gerechtere Europäische Währungsunion (EWU), Wanderungsbewegungen, der Binnenmarkt, die Energieunion und das Klima analysieren und überwachen lassen.

Im Laufe der Jahre hat das ESS ein fortschrittliches Instrumentarium geschaffen; damit werden für eine bessere politische Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene und in den Mitgliedstaaten verbesserte und vergleichbare Statistiken bereitgestellt. Das ESS sieht sich jedoch zunehmend einer wachsenden Nachfrage nach statistischen Information für die Analyse, die Forschung und die Formulierung politischer Konzepte gegenüber. Darüber hinaus sollten statistische Daten auch weiterhin die hohen Qualitätsanforderungen an amtliche Statistiken, einschließlich der Aktualität, erfüllen.

Die Sozialstatistik deckt ein breites Themenspektrum ab (Demografie, Beschäftigung, Einkommen und Konsum, Wohlbefinden und Lebensqualität, Bildung, Gesundheit usw.), und die Daten stammen aus zahlreichen verschiedenen Quellen (Daten über Personen sowie Haushalte, die bei Stichproben von Einzelpersonen erhoben werden, Volkszählungen, aggregierte Verwaltungsdaten sowie Daten von Unternehmen). All

diese Aspekte werden im Rahmen des Programms zur Modernisierung der Sozialstatistik auf kohärente Weise untersucht. Mit dem heute vorgelegten Vorschlag für eine Rahmenverordnung bringt die Kommission die Modernisierung der Sozialstatistik ein gutes Stück voran, insbesondere im Bereich der sozialstatistischen Erhebungsdaten.

Europäische Kommission - Factsheet

### **Welttag der humanitären Hilfe: humanitäres Handeln der EU**

Brüssel, 19. August 2016

Welttag der humanitären Hilfe: humanitäres Handeln der EU

Jedes Jahr am 19. August würdigt auch die Europäische Union den unschätzbaren Beitrag der humanitären Helfer, die täglich ihr Leben aufs Spiel setzen, um das Leben anderer zu retten. Der Welttag der humanitären Hilfe findet am Jahrestag des Bombenanschlags auf das UN-Hauptquartier in Bagdad, Irak im Jahr 2003 statt, bei dem 22 Mitarbeiter von humanitären Hilfsorganisationen ums Leben kamen.

### **Weltweit führend im Bereich der humanitären Hilfe in Zeiten einer beispiellosen Krise**

Zusammen mit den EU-Mitgliedstaaten ist die Europäische Union weltweit der größte Geber von humanitärer Hilfe.

Durch die humanitäre Hilfe, die 2015 aus dem EU-Haushalt bereitgestellt wurde, konnten insgesamt mehr als 134 Millionen Menschen unterstützt werden, die in mehr als 80 Ländern in der ganzen Welt unter den Folgen von Naturkatastrophen oder Konflikten litten.

Für das Jahr 2016 hat die Europäische Kommission ein erstes Budget für die humanitäre Hilfe angenommen, das mit 1,1 Mrd. auf Rekordhöhe liegt. Dies entspricht dem zunehmenden globalen Bedarf an humanitärer Hilfe aufgrund der wachsenden Zahl von Flüchtlingen und Vertriebenen infolge bewaffneter Konflikte, der zunehmenden Auswirkungen von Naturkatastrophen, des Klimawandels und der Wirtschaftskrise.

Im Jahr 2015 waren von Naturkatastrophen wie dem Erdbeben in Nepal zwar Millionen von Menschen betroffen, doch sind bewaffnete Konflikte die Hauptursache für den steigenden humanitären Bedarf.

Das vergangene Jahr war – nach den Kriterien der Vereinten Nation zur Einstufung von Krisen – durch vier schwere Notsituationen (in Syrien, Irak, Südsudan und Jemen) gekennzeichnet. 2015 wurden mehr Vertriebene gezählt als je zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg.

Deshalb wird ein Großteil der humanitären Hilfe der EU für Flüchtlinge und Vertriebene bereitgestellt: 2015 flossen rund 73 % (mehr als 1 Mrd. EUR) des Jahresbudgets für humanitäre Hilfe in Projekte zur Unterstützung von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen. Den größten Anteil an dieser humanitären Hilfe für Flüchtlinge hat die Nahrungsmittel- und Ernährungshilfe (47 %). Zu den anderen wichtigen Sektoren der Hilfe zählen Gesundheit (13 %), Wasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung (10 %), Unterbringung und Produkte außer Nahrungsmitteln (9 %) sowie Schutz (8 %).

Angesichts dieser beispiellosen humanitären Krisen im Jahr 2015 hat die Europäische Kommission ihre humanitäre Hilfe gezielt auf die bedürftigsten und am stärksten gefährdeten Menschen ausgerichtet und ihr politisches Konzept weiter verfeinert. Auf dem ersten [Weltgipfel für humanitäre Hilfe](#) im Mai 2016 begrüßte die EU den Abschluss einer umfassenden Vereinbarung („Grand Bargain“), die dafür sorgen soll, dass in den kommenden fünf Jahren mindestens 1 Mrd. US\$ dort für humanitäre Hilfe bereitgestellt wird, wo sie am dringendsten benötigt wird. Die humanitäre Hilfe der EU, die zu jeder Zeit unparteiisch und unabhängig ist, wird über Nichtregierungsorganisationen und internationale Organisationen, die Vereinten Nationen und die Rotkreuzgesellschaften bereitgestellt.

### **Humanitäre Helfer: eine zunehmend gefährliche Arbeit**

In den letzten zwei Jahrzehnten sind die humanitären Aufgaben immer komplexer geworden, und humanitäre Organisationen stehen vor wachsenden Schwierigkeiten beim Zugang zu den Hilfsbedürftigen. In den vergangenen 19 Jahren wurden fast 4000 humanitäre Helfer Opfer von Anschlägen und Angriffen, mehr als ein Drittel davon kamen dabei ums Leben [1]. Bei den meisten Opfern handelt es sich um Helfer, die im eigenen Land im Einsatz sind.

Die Zahl der Angriffe ist zwar zwischen 2013 und 2015 zurückgegangen, doch dies

bedeutet nicht, dass der Beruf sicherer geworden ist. Der Rückgang der Zahl der Angriffe ist nämlich darauf zurückzuführen, dass aufgrund der an vielen Orten prekären Sicherheitslage weniger Helfer eingesetzt werden können. Wenn sich die Hilfsorganisationen angesichts der Sicherheitsrisiken gezwungen sehen, ihre Arbeit abubrechen oder sich ganz aus einer gefährlichen Region zurückzuziehen, bleiben Tausende notleidender Menschen ohne lebensrettende Hilfe.

Angriffe auf Mitarbeiter humanitärer Organisationen stellen eine Verletzung des humanitären Völkerrechts dar, das die Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Zivilisten begrenzen soll. Das humanitäre Völkerrecht regelt neben den Verantwortlichkeiten von Staaten und nichtstaatlichen Akteuren in bewaffneten Konflikten auch verschiedene Grundfragen wie das Recht auf humanitäre Hilfe, den Schutz der Zivilbevölkerung, einschließlich medizinischen Personals und humanitärer Helfer, sowie den Schutz der Rechte gefährdeter Gruppen.

Auch die Grundsätze der humanitären Hilfe – Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität und Unabhängigkeit – sind im humanitären Völkerrecht verankert.

Die Europäische Union setzt sich für die weltweite Achtung und Einhaltung des humanitären Völkerrechts ein. Die Europäische Kommission finanziert Schulungen zum Thema humanitäres Völkerrecht für das zivile und militärische Personal von EU-Krisenbewältigungsoperationen.

Europäische Kommission - EUROSTAT

Brüssel, 11. August 2016

### **Internationaler Tag der Jugend Bildung, Beschäftigung, beide oder keine der beiden Optionen? Was machen junge Menschen in der EU?**

Muster ändern sich grundlegend je nach Alter und im Laufe der Zeit

In der Europäischen Union (EU) gibt es insgesamt fast 90 Millionen Personen im Alter von 15 bis 29 Jahren – das sind 17% der Bevölkerung. Die persönliche Situation dieser jungen Menschen ist sehr unterschiedlich, denn die Bildungs- und Beschäftigungsmuster weichen je nach Mitgliedstaat und Altersgruppe stark voneinander ab.

## Presse. deutschlandweit

### **Föderalismusreform in der Bildung "Ein falscher Schritt"**

Özcan Mutlu im Gespräch mit Nana Brink  
Der Grünen-Politiker Özcan Mutlu fordert eine Abschaffung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern in der Schulpolitik (picture alliance / dpa / Bernd von Jutrczenka)

In der Schulpolitik gilt: Allein die Bundesländer und nicht der Bund sind dafür zuständig. Diese Vorschrift trat vor zehn Jahren in Kraft und nennt sich "Kooperationsverbot". Der Grünen-Politiker Özcan Mutlu fordert das Gegenteil davon.

Der bildungspolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, Özcan Mutlu, spricht sich für eine Abschaffung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern in der Schulpolitik aus. Deutschland stehe in der Bildungspolitik vor riesigen Herausforderungen, sagt er im Deutschlandradio Kultur. Dazu gehörten die Bereiche Inklusion, die digitale Bildung, der Ausbau der Ganztagschulen und die Integration junger Flüchtlinge:

*"Das sind Herausforderungen, die nicht so ohne weiteres zu lösen sind. Und wir wissen durch zahlreiche Studien, dass Bildungsungleichheit die Achillesferse des deutschen Bildungssystems ist."*

Der Bund müsse den Ländern bei der Lösung dieser Probleme helfen, fordert Mutlu vor dem Hintergrund der am 1. September 2006 in Kraft getretenen Föderalismusreform, wonach für den Bereich Schule allein die 16 Bundesländer zuständig sind. Das bestehende Kooperationsverbot sei "weltweit einmalig", kritisiert er:

*"Und deshalb müssen wir nach zehn Jahren evaluieren und sagen: 'Das war ein falscher Schritt. Und Fehler muss man auch korrigieren dürfen.'"*

### **Angst vor einer Kompetenzbescheidung der Länder ist "unbegründet"**

Eine Aufhebung des Kooperationsverbotes bedeute nicht, dass die Kompetenzen der Länder beschnitten werden würden, betont Mutlu:

*"Wenn man als Bund natürlich auch Geld beisteuert, möchte man mitgestalten. Und 'mitgestalten' heißt nach meiner Meinung, nicht die Länder in ihrer Verantwortung für die Bildung zu kastrieren."*

Mutlu verweist auf die Erfolge der Lockerung des Kooperationsverbotes in der Hochschulpolitik, ähnliche Umsetzungen seien im Bildungsbereich zu erzielen:

*"Man kann gemeinsam an einem Strang ziehen. Es geht um ein Kooperationsgebot, was wir einführen müssen. Und nicht darum, den Ländern ihre Kompetenzen wegzunehmen. Diese Angst ist meiner Meinung nach unbegründet."*

---

### **Was ist das Kooperationsverbot? Das Erklärstück von Christiane Habermalz:**

Eigentlich ging es darum, die Gesetzgebung in Deutschland einfacher zu machen. Mit der Föderalismusreform sollten die Kompetenzen von Bund und Ländern entwirrt und die zustimmungspflichtigen Gesetze reduziert werden. Doch im Gegenzug für den Verzicht auf Mitwirkungsrechte verlangten vor allem die unionsgeführten Länder einen Ausgleich: Unter anderem die klare und alleinige Zuständigkeit in der Bildungspolitik. Per Verfassung wurde festgelegt, dass der Bund Kitas, Schulen und Universitäten nicht dauerhaft fördern - und damit auch nicht mitreden darf. Eine Sackgasse, wie sich bald herausstellte.

Denn während der Etat der Bundesbildungsministerin stetig stieg, mussten die Länder sparen. Gleichzeitig stiegen die Bildungsausgaben von Jahr zu Jahr. "Die Länder haben die Kompetenz, aber der Bund hat das Geld" - so formulierte es der Verwaltungswissenschaftler Wolfgang Wieland. Und während der Bund die außeruniversitäre Forschung an Max-Planck und Leibniz-Instituten auskömmlich förderte, war die Zusammenarbeit von Bund und Ländern zur Unterstützung der Hochschulen nur noch über juristische Verrenkungen wie zeitlich befristete Programme und Pakte möglich.

Bundesbildungsministerin Johanna Wanka ist gegen eine Vereinheitlichung der Bildungspolitik im Schulbereich (picture alliance / dpa / Britta Pedersen)

Nach langen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern, Union und SPD wurde 2014 das Kooperationsverbot im Wissenschaftsbereich schließlich gelockert. Für Bildungsministerin Johanna Wanka eine der wichtigsten hochschulpolitischen Beschlüsse der letzten Jahre. Für SPD und Grüne jedoch erst

ein Anfang: Langfristig müsse der Bund den klammen Ländern auch bei der Finanzierung der Schulen beispringen können. Doch dagegen hatten sich nicht nur die CDU/CSU im Bundestag und Bundesländer wie Sachsen, Bayern und Hessen gestemmt, sondern auch der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Der hatte schon Jahre vorher klargestellt: "Mir liegt es so fern wie der Mond zu akzeptieren, dass uns der Bund in die Schulpolitik reinregieren kann!"

---

### **Das Interview im Wortlaut:**

**Nana Brink:** Zehn Jahre ist die Entscheidung alt, und ebenso alt ist der Streit um sie. Vor zehn Jahren sollte die Föderalismusreform die Beziehungen zwischen Bund und Ländern verbessern, vor allem in der Schulpolitik, und doch ist ihr Kern nach wie vor umstritten. Während die Universitäten ja eine Lockerung des Kooperationsverbots gesehen haben, also eine Beteiligung des Bundes damit möglich ist, sind für die Schulen allein die 16 Bundesländer zuständig. Christiane Habermalz erklärt noch mal die Einzelheiten.

So weit also die Position des grünen Ministerpräsidenten. Özcan Mutlu ist bildungspolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag. Schönen guten Morgen!

**Özcan Mutlu:** Guten Morgen!

**Brink:** Sie wollen, dass das Kooperationsverbot abgeschafft wird, dafür haben Sie sich stark gemacht schon in diesem Jahr. Aber die Grünen, siehe Kretschmann, sind sich da anscheinend nicht einig.

**Mutlu:** Wir haben, seit es dieses Kooperationsverbot gibt, in der Partei Bündnis 90/Die Grünen eine überwältigende Mehrheit für die Abschaffung dieses Kooperationsverbots. Aber da wir eine Partei der Vielfalt sind, gibt es natürlich auch Stimmen, die dagegen sind. Und ein starker Landesfürst wie Herr Kretschmann hat natürlich da auch seine eigenen Vorstellungen. Aber die müssen nicht immer auch richtig sein, aber vor allem nicht in dieser Frage der Bildungspolitik.

### **Aufstieg durch Bildung ist ungleich verteilt**

**Brink:** Wie begründen Sie, dass die das Kooperationsverbot abgeschafft haben wollen?

**Mutlu:** Deutschland steht vor riesigen Herausforderungen in der Bildungspolitik. Vorhin haben wir es in der Anmoderation ge-

hört. Es gibt das Thema Inklusion, die digitale Bildung, der Ausbau der Ganztagschulen, und vor allem seit letztem Jahr auch die Herausforderung, Hunderttausende junge Geflüchtete zu integrieren in unser Bildungssystem. Das sind Aufgaben, mit denen die Länder nicht alle gleichermaßen quasi vor lösbaren Aufgaben stehen. Es sind Herausforderungen, die eben nicht so ohne Weiteres zu lösen sind.

Und wir wissen durch zahlreiche Studien, dass Bildungsungerechtigkeit die Achillesferse des deutschen Bildungssystems ist. Aufstieg durch Bildung ist nicht mehr eben möglich in Bayern wie in Bremen oder in Nordrhein-Westfalen, wie in Berlin – alles ungleich verteilt. Und deshalb sind wir der Meinung, muss der Bund mit helfen, mit den Ländern gemeinsam kooperieren.

Es geht uns gar nicht darum, und vor allem mir nicht, den Ländern was wegzunehmen. Wir haben es ja gesehen, im Hochschulbereich ist es möglich – es geht darum, endlich mal die Möglichkeit zu haben, wieder zu kooperieren. Denn dieses Kooperationsverbot ist ja, wie der Name schon sagt, ein Verbot, und der Bund darf sich in keiner Weise einmischen. Das ist weltweit einmalig, und deshalb müssen wir nach zehn Jahren evaluieren und sagen, das war ein falscher Schritt, und Fehler muss man auch korrigieren dürfen.

### **"Die Länder dürfen ihre Kompetenz behalten"**

**Brink:** Aber da würde ich ganz gern noch mal einhaken. Weil es scheint ja, dass Sie dann doch irgendwie auf einer Linie liegen. Nämlich der grüne Ministerpräsident Kretschmann hat ja gesagt, das ist okay, dass wir Geld vom Bund bekommen, allerdings entscheiden wir dann als Land, wie wir das verwenden und welches Schulsystem wir haben. Ist das dann nicht so eine Art von auch Rosinenpickerei, nach dem Motto, der Bund soll zahlen, aber die Länder sollen ihre Kompetenzen behalten? Das können Sie doch auch nicht wollen?

**Mutlu:** Die Länder dürfen ja ihre Kompetenzen behalten. Es geht nicht darum, denen die Kompetenzen zu entziehen. Aber wenn man denn als Bund natürlich auch Geld beisteuert, möchte man mitgestalten. Und Mitgestalten heißt nach meiner Meinung nicht, die Länder irgendwie in ihrer Verantwortung für die Bildung zu kastrieren. Darum

geht es nicht, und ich verstehe auch nicht, warum die Vertreter der Bundesländer – und Winfried Kretschmann ist ja nicht der einzige –, immer glauben, wenn der Bund Geld gibt, dann darf er sich nicht einmischen, beziehungsweise wenn der Bund Geld gibt, nimmt er uns die Kompetenzen weg.

Das ist eine falsche Vorstellung, und dass es anders gehen, haben wir im Wissenschaftsbereich gesehen. Da wurde das Herausforderung gelockert. Es gibt natürlich immer noch Probleme damit, in der Umsetzung, aber der erste Schritt ist getan, und Ähnliches kann man mit den Bundesländern im Bildungsbereich machen. Man kann gemeinsam an einem Strang ziehen. Es geht um ein Kooperationsgebot, das wir einführen müssen, und nicht darum, den Ländern die Kompetenzen wegzunehmen. Diese Angst ist meiner Meinung nach unbegründet.

#### **"Riesensanierungsstau" im Schulbereich**

**Brink:** Aber dann würde ich ganz gern genau wissen wollen, wo soll sich denn der Bund beteiligen? Geht es also nur um Geldtransfer, oder wo wollen Sie dann auch mitreden?

**Mutlu:** Es geht doch zum Beispiel in der Bildung bereits in Bereiche, wo kooperiert wird, bei der Erstellung des Nationalen Bildungsberichts, und so weiter. Also möglich ist es. Man kann beispielsweise, Stichwort Lehrermangel – und das ist ein Problem nicht nur von armen Bundesländern, das ist ein Problem in den meisten Bundesländern –, gemeinsam sagen, wir legen hier Prioritäten fest, wir nehmen Geld in die Hand als Bundesländer, als Bund, und machen mal Vorkehrungen in gemeinsamer Zusammenarbeit mit den Hochschulen, wie wir diesen Mangel beheben können.

Man kann zum Beispiel die Kommunen dabei unterstützen, diesen Riesensanierungsstau in den öffentlichen Einrichtungen, namentlich Schulen und Kitas, gemeinsam meistern. Denn wenn Sie heute durch irgendwelche Städte fahren, die öffentlichen Gebäude, die am schäbigsten aussehen, sind in der Regel die Schulen. Und das können die Länder nicht allein meistern. Also sagen wir, okay wir machen ein Schulsanierungsprogramm für die Bundesrepublik, so wie damals die rot-grüne Bundesregierung dieses sehr erfolgreiche Programm der Ganztagschulen ausgeführt hat. Und dass das

nicht reicht, wissen wir heute längst, und deshalb sagen wir, also lasst uns gemeinsam das anpacken. Gemeinsam heißt aber auch, lasst uns mitsprechen, lasst uns euch aber auch unter die Arme greifen.

#### **Forderung nach nationalen Bildungsstandards**

**Brink:** Gut, aber das sind ja alles, was Sie angesprochen haben, das ist die Situation der Lehrer, das ist die Situation der Gebäude. Aber es geht natürlich auch um die Frage des Schulsystems, und da hat Bildungsministerin Johanna Wanka von der CDU ja gesagt, sie will keine Vereinheitlichung der Bildungspolitik, weil die Situation von Stadtstaaten und Flächenstaaten gar nicht vergleichbar ist.

**Mutlu:** Also ich kenne keine Bundespolitikerin und keinen Bundespolitiker, auch nicht aus den Reihen der amtierenden Bundesregierung, die da sagen, wir heben Kooperationsverbote auf und dann schaffen wir ein einheitliches Schulsystem. Darum geht es nicht. Dennoch ist es aber wichtig, dass man zum Beispiel Disparitäten abschafft, soziale Disparitäten wie strukturelle.

Es kann doch nicht sein, dass ein Abitur in Bayern anders bewertet wird als ein Abitur zum Beispiel in Bremen, oder dass ein Berliner Schüler, wenn er in Hessen studieren will, Probleme bekommt. Da müssen wir sicherlich mit den Bundesländern zusammen Wege finden, wie wir da strukturell einander näher kommen. Das bedeutet aber nicht, wir schaffen ein einheitliches Schulsystem. Ich kenne niemanden, der diese Forderung aufgestellt hat.

**Brink:** Aber schon ein einheitliches Abitur, wenn Sie sagen, dass es überall anerkannt werden soll.

**Mutlu:** Es gibt inzwischen schon nationale Bildungsstandards. Es gibt in etlichen Bundesländern gemeinsame Abiturprüfungen. Also, das ist nichts Neues, wovor man Angst haben muss. Es muss vergleichbar sein, und dagegen ist nichts einzuwenden, und es wird auch praktiziert.

**Brink:** Özcan Mutlu, der Bildungspolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag. Herr Mutlu, vielen Dank für das Gespräch!

**Mutlu:** Ich danke Ihnen, schönen Tag noch.

**Brink:** Vielen Dank, wünschen wir Ihnen auch hier in "Studio 9". Und es ging über das

Kooperationsverbot. Die Föderalismusreform. Vor zehn Jahren ist sie in Kraft getreten.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandradio Kultur macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*

### **01.09.2016 Deutschlandfunk Wanka lehnt Investitionen des Bundes in Schulen ab**

Bundesbildungsministerin Wanka hat die Länder aufgefordert, mehr Geld in die Ausstattung der Schulen zu investieren.

Die CDU-Politikerin sagte im Deutschlandfunk, die Schulen seien der Ausgangspunkt für die Leistungsfähigkeit des Wissenschaftssystems. Die Bundesländer hätten sich beim letzten Bildungsgipfel selbst zu Investitionen in diesem Bereich verpflichtet. Zu der Forderung nach einer Beteiligung des Bundes äußerte sich Wanka zurückhaltend. Die Finanzsituation in einer Reihe von Ländern sei besser als beim Bund.

01.09.2016 Focus online

### **Bildung: Mehr Schüler und mehr Lehrer im neuen Schuljahr**

dpa/Daniel Bockwolfdt In Berlin wird es mehr Schüler und auch mehr Lehrer geben. Zum Schulstart am kommenden Montag wird es in Berlin mehr Schüler und auch mehr Lehrer geben.

In der Hauptstadt steigen die Schülerzahlen um 6200 auf rund 428 550, teilte die Bildungsverwaltung am Donnerstag mit. 1900 neue Lehrer wurden eingestellt. Damit unterrichten insgesamt 33 127 Pädagogen und Referendare. Für die kommenden fünf Jahren geht Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) von weiterem Zuwachs aus. „Wir müssen noch mehr Schulen bauen“, sagte sie. Allein 20 000 Schüler stammen aus Flüchtlingsfamilien. Für sie gibt es Willkommensklassen, um ihnen den Sprung ins reguläre Schulsystem zu erleichtern.

### **18.08.2016 Frankfurter Rundschau Bildungsmonitor – Bessere Bildung für Flüchtlinge zahlt sich aus**

Integrationsklasse in Oberursel: Teils macht es Sinn, die Schulpflicht zu verlängern.

Lehrer müssen gezielt für den Unterricht mit Flüchtlingen vorbereitet werden, fordern Wissenschaftler im aktuellen „Bildungsmonitor“. Sie empfehlen, die Schulpflicht teilweise zu verlängern.

Die Integration von Flüchtlingen ins deutsche Bildungssystem ist teuer, aber sie kann sich auch wirtschaftlich auszahlen. Allein für das Jahr 2017 werde die öffentliche Hand fast 3,5 Milliarden Euro zusätzlich für Kindertagesstätten, Schulen und berufsvorbereitende Maßnahmen investieren müssen. Das ist eines der Ergebnisse im Bildungsmonitor 2016, den die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und das arbeitgebernahe Kölner Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Berlin vorstellten.

Wer deutlich kleinere Lerngruppen als bislang anstrebe, müsse sogar noch Geld drauflegen, sagte der Leiter der Studie, Axel Plünnecke, Volkswirt und Bildungsökonom am Institut der deutschen Wirtschaft. Mehr gezielte Maßnahmen zur Alphabetisierung von Flüchtlingen, eine Stärkung der frühkindlichen Bildung, ein stärker durchlässiges Bildungssystem und bessere Förderbedingungen in der Schule – der Wunschzettel der Arbeitgeber ist lang. „Ziel sollte es sein, Flüchtlingskinder möglichst schnell in Regelklassen zu integrieren“, sagte Plünnecke. Dabei sei es wichtig, dass die Lehrer durch gezielte Qualifizierungen in Deutsch als Fremdsprache für den Unterricht mit nicht-deutschsprachigen Schülern vorbereitet würden, sagte der Volkswirt. Die Schulpflicht solle für geflüchtete Kinder und Jugendliche in allen Bundesländern möglichst zeitnah nach ihrer Ankunft in Deutschland einsetzen und dort, wo es notwendig ist, auch bis zum 21. Lebensjahr ausgebaut werden, forderte der Bildungsökonom.

### **Fachkräftemangel vermindern**

Gerade mit Blick auf den demografischen Wandel gehe es darum, Geflüchtete für die Ausbildung zu gewinnen, heißt es im Bildungsmonitor weiter. Dafür bräuchten viele Flüchtlinge eine gezielte Vorbereitung. Das Geld, das heute zusätzlich ausgegeben werde, könne langfristig dazu beitragen, Fachkräftemangel zu vermindern, sagte Plünnecke. Auch wenn jeder den zusätzlichen Finanzbedarf für Flüchtlinge im Bildungssystem etwas anders rechnet, ist unstrittig, dass es teuer wird.

So gehen etwa die Autoren des kürzlich vorgestellten Bundesbildungsberichts, der unter Federführung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung erstellt wurde, von folgendem Szenario aus: Allein für die Menschen, die 2015 nach Deutschland gekommen sind, müssen mindestens 2,2 Milliarden Euro jährlich zusätzlich ins Bildungssystem investiert werden. Gebraucht werden demnach 33 000 zusätzliche Lehrer, Erzieher und Sozialarbeiter.

Umstritten ist dagegen das Bildungsvergleichs-Ranking der Bundesländer, welches die von Arbeitgeberverbänden getragene Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft jedes Jahr im Bildungsmonitor präsentiert. Berlin, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen liegen hier auf den hintersten Plätzen, Sachsen, Thüringen und Bayern liegen vorn. Hessen belegt Platz zehn. Plünnecke sagte die fünf bestplatzierten Länder verdienen aus seiner Sicht die Note zwei für ihr Bildungssystem, die anderen elf die Note drei.

In beiden Gruppen seien die Unterschiede untereinander nicht allzu groß. Ein Großteil der verglichenen Daten stammt nach Angaben des IW aus den Jahren 2014 und 2015, wichtige Daten zum Thema Schulqualität aber aus einem Ländervergleich von 2011. Zumindest was diese Daten angeht, ist es damit in der jährlich erscheinenden Studie schlicht unmöglich, Verbesserungen abzubilden.